

Vorbericht zum 2. Nachtragshaushaltsplan 2023 **des Amtes Unterspreewald**

Rechtsgrundlagen für die Haushaltswirtschaft sind:

1. Kommunalverfassung für das Land Brandenburg (BbgKVerf) vom 21. Dezember 2007 (GVBl. I/07 [Nr.19] S.286 zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes zur Stärkung kommunaler Zusammenarbeit vom 10.07.2014 (GVBl. I/14 [Nr. 32])
2. Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung (KomHKV) vom 28. Februar 2008 (GVBl. II/08 [Nr. 03], S.14, zuletzt geändert durch Verordnung vom 5. März 2019 (GVBl. II/19, [Nr. 19])
3. Verwaltungsvorschriften zur Kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung (VV Produkt- und Kontenrahmen), RdErl. des Ministers des Innern zur Ausübung der Kommunalaufsicht im Bereich des kommunalen Haushaltsrechts, Nr. 4/2008 vom 18. März 2008;
4. Gesetz über den allgemeinen Finanzausgleich mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden im Land Brandenburg (Brandenburgisches Finanzausgleichsgesetz- BbgFAG) vom 29. Juni 2004, S.262 (GVBl.I/04, [Nr.12], zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. März 2016 (GVBl.I/16, [Nr. 10])
5. Schreiben des MdFE vom 15. August 2022 – Informationen zur Haushaltsplanung 2023, *Umlagegrundlagen des Landes Brandenburg lt. Mitteilung des MdFE vom 22.03.2023;*
6. Kreditwesen der Gemeinden und Gemeindeverbände Runderlass des Ministeriums des Innern und für Kommunales Nr. 1 /2015 vom 11. September 2015 S. 851, (Amtsblatt für Brandenburg 2015 [Nr.39]);

Die Haushaltssatzung kann nach § 68 Abs. 1 BbgKVerf nur durch Nachtragssatzung geändert werden, die spätestens bis zum Ablauf des Haushaltsjahres zu beschließen ist. Auf die Nachtragssatzung sind die Vorschriften über die Haushaltssatzung anzuwenden.

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen, die zum Zeitpunkt der Aufstellung des Nachtrags-Haushaltsplanes bereits durch den Kämmerer nach § 70 Abs. 1 BbgKVerf i.V.m. § 5 Nr. 3 der Haushaltssatzung angeordnet waren, wurden nach § 12 Abs. 1 KomHKV in den 2. Nachtragshaushalt aufgenommen.

Dokumentiert werden im 2. Nachtragshaushalt nur die Veränderungen.

Bestandteile und Anlagen des Nachtragshaushaltsplanes

Der Vorbericht;

Nachtragshaushaltsplan mit

- Ergebnishaushalt,
- Finanzhaushalt und Übersicht Investitionsmaßnahmen,
- geänderte Teilhaushalte

sowie folgende Anlagen:

Anlage 1 - Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen gem. § 3 Abs. 2 Nr. 2 KomHKV

Anlage 3 – Übersicht über die Rücklagen gem. § 3 Abs. 2 Nr. 3 KomHKV

Anlage 6 – Übersicht über die Ergebnisentwicklung gem. § 4 Abs. 3 KomHKV

Die übrigen Anlagen 2,4,5,7 und 8 zum Haushaltsplan 2023 wurden nicht geändert.

Erläuterungen zum Nachtragshaushaltsplan 2023

1. Begründung des 2. Nachtrages

Den Erlass einer Nachtragssatzung regelt § 68 BbgKVerf. Danach kann gem. Abs. 1 die Haushaltsatzung nur durch Nachtragssatzung geändert werden.

Die Erforderlichkeit für den Erlass einer 2. Nachtragssatzung ergibt sich aus einer Vielzahl von Änderungen im Ergebnis- als auch im Finanzhaushalt.

So wurden die Zuwendungen für den Bereich der Kita entsprechend der tatsächlichen Ist-Zahlen angepasst. Diese unterliegen auf Grund der Kinderzahlen Schwankungen und sind daher schwer vorhersehbar bzw. planbar.

Im Bereich der IT ist es noch in diesem Jahr notwendig, neue Lizenzen für die VMware zu erwerben, da die vorhandenen bereits im Februar 2024 auslaufen. Zur Gewährleistung eines reibungslosen Übergangs und der Aufrechterhaltung des störungsfreien Arbeitsbetriebs (massive Einschränkungen) ist diese notwendige Anschaffung ebenfalls im 2. Nachtrag berücksichtigt.

In der Kita „Haus des Kindes“ muss der Austausch der Heizungsanlage noch in diesem Jahr erfolgen, da auch u.a. aufgrund von festgestellten Mängeln durch den Schornsteinfegermeister unwirtschaftlich hohe Reparaturkosten entstehen und ein Austausch die wirtschaftlichere Variante darstellt. Daher wurde dies ebenfalls im 2. Nachtragshaushaltsplan berücksichtigt.

Die aktuell bekannten Kosten des möglichen neuen Standortes für den Bauhof im OT Freiwald sind ab dem Haushaltsjahr 2024 planseitig berücksichtigt worden. In der Beschlussvorlage-Nr. 44-2023 wird der Abschluss eines Gewerbemietvertrages beraten.

Weitere Änderungen ergeben sich im Finanzhaushalt, diese werden unter dem Punkt 5 näher erläutert.

Weiterhin fand im 2. Nachtragshaushaltsplan die Betrachtung des Finanzbedarfes der amtsangehörigen Gemeinden Berücksichtigung, um zur Höhe der Amtsumlage eine Abwägung durchzuführen. Dieses Verfahren wird ausführlich unter Punkt 6 erläutert.

Die Änderungen im 2. Nachtrag sind im Ergebnisbereich in den Erläuterungen mit der Überschrift 2. NACHTRAG gekennzeichnet, in der Investitionsübersicht sind die Änderungen grau markiert worden.

2. Der Haushalt auf einen Blick

Der im 2. Nachtrag geänderte Gesamtergebnisplan 2023 und Folgejahre weist folgende Ergebnisse aus:

Ertrags- und Aufwandsarten	2022 (Vorjahr)	2023	2024	2025	2026
	€	€	€	€	€
Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit alt lt. NT	10.605.900	12.595.600 12.674.900	12.473.700 12.609.000	12.242.400 12.289.400	12.098.200 12.148.700
Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit alt lt. NT	11.454.200	12.347.200 12.517.700	12.644.900 12.926.400	12.485.500 12.543.500	12.220.700 12.278.600
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit alt lt. NT	-848.300	248.800 157.200	-171.200 -317.400	-243.100 -254.100	-122.500 -129.900
Finanzergebnis (Zins- u. sonst. Finanzerträge alt Zins- u. sonst. Finanzaufwend.) NT	11.700	-9.700 -8.000	-9.000 -8.500	-8.400 -7.900	-7.800 -7.300
Ordentliches Ergebnis alt lt. NT	-860.000 0	238.700 149.200	-180.200 -325.900	-251.500 -262.000	-130.300 -137.200
Außerordentliches Ergebnis alt = NT	0	0	0	0	0
Gesamtüberschuss alt lt. NT	-860.000	238.700 149.200	-180.200 -325.900	-251.500 -262.000	-130.300 -137.200

Der im Nachtrag geänderte Gesamtfinanzplan 2023 und Folgejahre wurde folgendermaßen geplant:

Ein- und Auszahlungsarten	2022 (Vorjahr)	2023	2024	2025	2026
	€	€	€	€	€
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit alt lt. NT	10.366.500	12.330.200 14.410.900	12.210.000 12.345.800	11.982.000 12.029.500	11.837.800 11.888.800
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit alt lt. NT	10.771.000	11.738.900 11.908.500	12.000.400 12.281.300	11.840.300 11.897.500	11.574.900 11.632.000
Saldo der laufenden Verwaltungstätigkeit alt lt. NT	-404.500	591.300 502.400	209.600 64.500	141.700 132.000	262.900 256.800
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit alt lt. NT	547.700	332.700 321.600	695.500 795.500	225.000 225.000	250.000 250.000
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit alt lt. NT	1.535.500	1.203.900 1.188.300	1.583.600 1.785.000	1.338.700 1.338.700	774.700 774.700
Saldo aus Investitionstätigkeit alt lt. NT	-987.800	-1.348.000 -866.700	-1.165.600 -989.500	-550.700 -1.113.700	-524.700 -524.700
Finanzmittelüberschuss/ Finanzmittelfehlbedarf alt lt. NT	-1.392.300	-279.900 -364.300	-678.500 -925.000	-972.000 -981.700	-261.800 -524.700
Saldo aus der Finanzierungstätigkeit alt = NT	-68.300	-68.300	-78.300	-108.200	-98.900
Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln alt lt. NT	-1.460.600	-348.200 -432.600	-756.800 -1.003.300	-1.080.200 -1.089.900	-360.700 -366.800

3. Änderungen im Ergebnisplan

Im Bereich der Zuweisungen für laufende Zwecke vom Land, wurden die Planansätze, wie bereits festgestellt, dem tatsächlichen Ist entsprechend angepasst und nach oben korrigiert worden.

Wie bereits erwähnt, müssen im Bereich der IT, Lizenzen neu erworben werden, dafür sind insgesamt 99.500 € neu im 2. Nachtragshaushalt eingeplant worden.

Durch die Unfallkasse Brandenburg wurde in einer Vor-Ort Beratung in der Kita „Regenbogen“ darauf hingewiesen, dass die Bereiche unterhalb der Treppen für Kinder zugänglich und bespielbar sind, was zu Verletzungen führen kann. Die bisher getroffenen Maßnahmen sind nicht wirksam. Daher erfolgt eine Einhausung des entsprechenden Treppenbereichs. Für die Einhausung dieser, wurden 16.000 € in den 2. Nachtragshaushaltsplan mit aufgenommen.

Die Heizung in der „Kita Haus des Kindes“ wurde bereits des Öfteren kostenaufwendig repariert. Durch den zuständigen Schornsteinfeger, wurde bei der letzten Überprüfung bereits signalisiert, dass ein Austausch der Heizungsanlage notwendig ist. Nunmehr macht sich ein Austausch notwendig, hierfür wurden 55.000 € veranschlagt.

Weiterhin wurden Änderungen in den Planansätzen bei den periodenfremden Konten, sowie in den allg. Ertrags- und Aufwandskonten vorgenommen, sofern sich Änderungen ergeben haben, welche nach dem 1. Nachtragshaushaltsplan eingetreten sind.

Änderungen sind im Teilergebnisplan mit dem Hinweis „2. NACHTRAG“ gekennzeichnet.

4. Haushaltsausgleich und Haushaltskonsolidierung

Nach § 63 Abs. 4 BbgKVerf ist der Haushalt ausgeglichen, wenn der Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge die Höhe des Gesamtbetrages der ordentlichen Aufwendungen erreicht oder übersteigt. Ist ein Ausgleich des ordentlichen Ergebnisses trotz Ausnutzung aller Sparmöglichkeiten und Ausschöpfung aller Ertragsmöglichkeiten nicht möglich, so können zum Ausgleich Rücklagemittel und Überschüsse des ordentlichen und außerordentlichen Ergebnisses verwendet werden. Ein Haushaltssicherungskonzept (HSK) ist in diesen Fällen nicht aufzustellen.

*Für den Nachtragshaushaltsplan 2023 ist festzustellen, dass ein Ausgleich des ordentlichen Ergebnisses **erreicht** wird. Der Überschuss beträgt 149.200 €. Dies ist eine Differenz 1. Nachtrags-Haushaltsplan um 89.500 €, hier betrug der Überschuss 238.700 €*

Im mittelfristigen Finanzplanungszeitraum wird der Haushaltsausgleich ab dem Jahr 2024 voraussichtlich nicht mehr erreicht und die Rücklage abgebaut.

Ziel sollte es daher sein, den Haushaltsplan ab dem Jahr 2024 weiterhin gezielt nach Einsparungsmöglichkeiten zu überprüfen und die Unterhaltungsmaßnahmen sowie Anschaffungen im Bereich der Feuerwehr, Kita, usw. auf ein notwendiges Mindestmaß zu reduzieren.

5. Änderungen im Finanzplan

Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Die Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit ergeben saldiert einen Überschuss in Höhe von 502.400 €. *Im Gegensatz zum ursprünglichen Haushaltsplan ist das eine Mindering um 88.900 €.*

Einzahlungen und Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit

Den Investitionsauszahlungen in Höhe von 1.188.300 € stehen Einzahlungen aus Zuweisungen und Zuschüssen in Höhe von 321.600 € gegenüber. Saldierte ergibt dies ein Fehlbetrag in Höhe von 364.300 €.

Änderungen der Investitionsmaßnahmen

Änderungen sind im Investitionsplan (grüne Seiten) grau schaffiert dargestellt.

Erwerb eines Minibaggers (HH-Jahr 2024)

Um die Abläufe im Bauhof im Bereich des Tiefbaues effizienter gestalten zu können, ist für das HH-Jahr 2024 die Anschaffung eines Minibaggers geplant. Dementsprechend wurden 42.000 € in den 1. NT-HH mit aufgenommen. Im Rahmen der Haushaltsplanung 2024 wird nochmals auf die Anschaffung eingegangen und die Wirtschaftlichkeit betrachtet.

Erwerb eines Servers

Aktuell arbeitet die Verwaltung mit einem geleasteten Server. Der Vertrag mit der entsprechenden Firma läuft zum 01.02.2024 aus. Eine Kostenberechnung durch den Fachbereich IT ergab, dass ein Kauf eines eigenen Servers langfristig wirtschaftlicher ist. Dementsprechend wurden 80.000 € in den 1. NT-HH mit aufgenommen. Nach Ausschreibung Beauftragung belaufen sich die Gesamtkosten auf ca. 60.000,00 €. Der Planansatz wurde angepasst.

Anlage im Bau – Sanierung Markt 1 – Decke/Brandschutzkonzept/Modernisierung

Im Zuge des 1. NT-HH sind die ursprünglichen eingeplanten 200.000 € für die o.g. Baumaßnahme auf Grund der bereits bekannten HH-Sperre, sowie weiterem Abstimmungsbedarf zur allgemeinen Durchführung der Maßnahme nunmehr im 2. NT-HH auf den mittelfristigen Planungszeitraum nochmals neu aufgeteilt worden.

Die Plansummen verteilen sich nun wie folgt:

10.000 € - HH-Jahr 2023

190.000 € - HH-Jahr 2024

550.000 € - HH-Jahr 2025

Anlage im Bau – Anbau an die FFw Neuendorf am See

Das Planungsbüro ist stufenweise bis zur Leistungsphase 4 HOAI beauftragt worden. Die alte Feuerwehrinfrastruktur - Richtlinie ist im Jahr 2022 ausgelaufen. Die neue Feuerwehrinfrastruktur - Richtlinie ist im August 2023 in Kraft treten und endet am 31.12.2024 mit der Option der Verlängerung. Dementsprechend werden im 2. NT-HH nochmals Anpassungen in den Planzahlen vorgenommen, die ursprünglich geplanten 460.000 € werden auf die Jahre 2023 (10.000 €) und 2024 (450.000 €) aufgeteilt. Dementsprechend ist auch die Fördermitteleinzahlung in das HH-Jahr 2024 verschoben worden. Die Einreichung des Fördermittelantrags ist ab dem 01.10.2023 bis zum 31.12.2023 möglich. Die Baugenehmigung für den Anbau liegt seitens des LDS vor.

Anlage im Bau – Erweiterungsneubau Kita, Ertüchtigung HAA und EMA Bestandsbau

Zum Abschluss der Gesamtbaumaßnahme Erweiterungsneubau muss noch im Bestandsbau die alte HAA und EMA ertüchtigt und in die Neuanlage eingebunden werden, um die Anforderungen aus den Sachverständigenprüfungen zu erfüllen. Ebenso sind noch Restarbeiten erforderlich, welche zur Baumaßnahme zugehörig sind.

Anlage im Bau – Umgestaltung des Spielplatzes im Haus des Kindes

Sperrvermerk 2

Die o.g. Baumaßnahme wird nach Auswertung der vorliegenden neuen Kostenschätzung insgesamt günstiger als zunächst angenommen. Dementsprechend wurde der bisherige Planansatz in Höhe von 273.000 € auf 190.000 € im 1.NT-HH gesenkt. Folglich wurde auch die Einzahlung der Fördermittel auf 65.100 € vermindert. Mit Schreiben vom 29.08.2023 ist ein Änderungsantrag bei der ILB eingereicht worden. Mit 1. Änderungsbescheid vom 21.09.2023 der ILB sind die neuen Kosten konkret untersetzt. Für die Baumaßnahme wird eine Verpflichtungsermächtigung aufgenommen, um die Gesamtbaumaßnahme noch im Jahr 2023 auszuschreiben und zu beauftragen. Dies ist entsprechend im 2. NT-HH berücksichtigt worden.

Der bereits im ursprünglichen HH-Planes gesetzte Sperrvermerk bleibt bestehen.

Anlage im Bau – Errichtung Photovoltaikanlage Dach Kita Eichhörnchen

Gemäß Festsetzungsbescheid der Billigkeitsleistungen zur Umsetzung der Maßnahmen des Brandenburg-Paketes zur Unterstützung kommunaler Bedarfe vom 26.05.2023 erhält das Amt Unterspreewald im Jahr 2023, gemäß Nummer 3.8 RL des Brandenburg-Paketes einen Kommunalanteil für Transformations- und Klimaschutzmaßnahmen in Höhe von 51.377 €.

Nach Abwägung des Maßnahmenkataloges ist es nunmehr geplant, auf dem Dach der „Kita Eichhörnchen“ im OT Rietzneuendorf eine Photovoltaikanlage zu errichten. Die Förderung soll abschließend 100 % betragen, hierfür wurden entsprechende Mittel im Investitionsplan des 2. NT-HH eingeplant.

6. Abwägungen zur Amtsumlage

Soweit die sonstigen Finanzmittel des Amtes den für die Aufgabenerfüllung notwendigen Finanzbedarf nicht decken, ist eine Umlage von den amtsangehörigen Gemeinden zu erheben (Amtsumlage); § 139 Abs. 1 BbgKVerf i. V. m. § 18 BbgFAG. Unter die sonstigen Finanzmittel des Amtes fallen alle Erträge, die das Amt, mit Ausnahme der Amtsumlage, auf öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Grundlage erzielt. Ämter nehmen nicht unmittelbar am kommunalen Finanzausgleich teil. Die Zuweisungen nach dem Brandenburgischen Finanzausgleichsgesetz (BbgFAG) fließen den amtsangehörigen Gemeinden zu. Das Recht zur Erhebung von Steuern steht dem Amt nicht zu. Das Recht, Steuern zu erheben, ist nach § 3 KAG auf die Gemeinden beschränkt.

In der Gesamtschau ergibt sich somit, dass der Amtsumlage, obwohl subsidäres Deckungsmittel, de facto ein zentraler Stellenwert bei der Deckung des notwendigen Finanzbedarfs der Ämter zukommt.

Das Amt hat vor der Festsetzung des Hebesatzes der Amtsumlage den Finanzbedarf der umlagepflichtigen Gemeinden zu ermitteln und gleichrangig mit dem eigenen zu berücksichtigen. Die Daten zum Finanzbedarf der umlagepflichtigen 10 Gemeinden sind dem Amtsausschuss vor der Beschlussfassung über die Haushaltssatzung zur Kenntnis zu geben. Entsprechende Übersichten sind dem Vorbericht beigelegt worden. Überdies werden nachfolgend die Abwägungen zur Festlegung des

Amtsumlagehebesatzes erläutert. Ebenso ist der Finanzbedarf aus dem Finanzhaushalt (Sicherung der Zahlungsfähigkeit) zu berücksichtigen. Das Amt ist verpflichtet, auch den Fehlbedarf im Finanzhaushalt (z. B. für die Investitionstätigkeit oder Tilgung von Krediten) auszugleichen bzw. seine jederzeitige Zahlungsfähigkeit sicherzustellen (vgl. § 76 Abs. 1 BbgKVerf). Infolge wäre bei der Ermittlung der Amtsumlage grundsätzlich auch der Bedarf für die Investitionen im Finanzhaushalt zu berücksichtigen.

Der Hebesatz der Amtsumlage beträgt nach Beschluss des 1. Nachtragshaushaltes 2023 für das Amt Unterspreewald, seit dem 01.01.2023 insgesamt 40,00 v.H., angewandt auf die jeweiligen Umlagegrundlagen der Gemeinden. Die Umlagegrundlagen werden jährlich durch das Ministerium der Finanzen und für Europa (MdFE) mitgeteilt. In der 2. Nachtragshaushaltssatzung wird eine Abwägung zur Höhe des Amtsumlagesatzes erneut vorgenommen.

Finanzausstattung der Kommunen

Im Zuge der Haushaltsplanung wurde zunächst der Finanzbedarf des Amtes Unterspreewald zusammengetragen und im Rahmen des aktiven Planungsprozesses die Bedarfsermittlung der einzelnen Fachbereiche hinterfragt und überarbeitet. Diesbezüglich fanden verschiedene Abstimmungstermine mit den Fachämtern statt.

Im letzten Schritt ist über die Höhe der Amtsumlage zu beraten. Im Zuge des 1. Nachtragshaushalt 2023 für das Amt Unterspreewald kam die Kämmerei zu dem Schluss, dass die Erhöhung der Amtsumlage angezeigt war, da bereits alle Möglichkeiten der vertretbaren Kosteneinsparungen geprüft und ausgeschöpft wurden.

Im Einzelnen:

Im Rahmen der Haushaltsplanung 2022 erfolgten seitens der Kämmerei zu den eingereichten Planzahlen durch die Fachämter intensive Prüfungen und Rückfragen zur Notwendigkeit einzelner Planzahlen. Im Rahmen des 1. Nachtragshaushaltes 2022 des Amtes Unterspreewald wurde über eine Erhöhung der Amtsumlage beraten. Im Ergebnis wurde keine Erhöhung des Hebesatzes der Amtsumlage und die planseitige Deckung des Fehlbetrages durch Inanspruchnahme der vorhandenen Rücklagen empfohlen. Mit Schreiben vom 20.07.2022 ist durch den Kämmerer eine interne Anweisung zur Verfahrensweise von Beauftragungen im Amt Unterspreewald an die Fachämter übermittelt worden, da aufgrund der zu erwartenden bzw. tatsächlichen Auszahlungen das Amt Unterspreewald in den Kassenkredit zu rutschen drohte. Die Anweisung galt bis zum 31.12.2022. Mit dieser Anweisung wurde durch den Kämmerer im Rahmen der Haushaltsplanung 2023 ein noch größeres Augenmerk auf die sparsame und wirtschaftliche Haushaltswirtschaft gelegt. Investitionsmaßnahmen sind nochmals auf den Prüfstand gestellt und entsprechend neu bewertet worden. Es wurden Einsparungen in den Bewirtschaftungs- und Instandhaltungskosten erzielt und geplante Anschaffungen gestrichen. Ebenso wurde bereits Ende Dezember 2022 für das neue Haushaltsjahr eine erneute interne Anweisung zur Verfahrensweise von Beauftragungen im Amt Unterspreewald an die Fachämter übermittelt. Aufgrund der sich abzeichnenden finanziellen Situation wurde mit Schreiben vom 24.03.2023 eine befristete Haushaltssperre bis zum 30.06.2023 über den Haushalt des Amtes Unterspreewald gemäß § 71 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) verhängen. Darüber ist der Amtsausschuss des Amtes Unterspreewald am 24.03.2023 informiert worden. Gemäß § 22 Verordnung über die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans der Gemeinden (Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung - KomHKV) ist jederzeit die Gesamtdeckung zu wahren. Entsprechend dem Vorbericht des Haushaltes 2023 des Amtes Unterspreewald ist der Bestand an Finanzmitteln (-1.399.941,74 €) vom Stichtag 31.12.2017 zum Stichtag 31.12.2021 stark zurückgegangen. Im Haushaltsjahr 2021 wurde ein Investitionskredit in Höhe von 1.000.000,00 € bei der KfW abgerufen, um die Liquidität des Amtes Unterspreewald sicherstellen zu können.

Ferner wurden durch die Kämmerei Empfehlungen für weitere Kosteneinsparungen gegeben.

Auf Grund des prognostizierten Zahlungsmittelbestandes zum 31.12.2023 in Höhe von **-274.843,00 €** war die Spielraum für die Festsetzung einer niedrigeren Amtsumlage nicht erkennbar, da dem Amt keine weiteren Einnahmequellen zur Verfügung stehen und der Haushaltsplanentwurf rechtswidrig gewesen wäre. Soweit zur Ermittlung des Finanzbedarfs des Amtes.

Gemäß der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes muss auch der Finanzbedarf der umlagepflichtigen Gemeinden ermittelt und abwägend berücksichtigt werden. Die Ermittlung des Finanz-

bedarfs erfolgt anhand einer Erhebungstabelle, welche analog dem Landkreis zur Ermittlung des Kreisumlagehebesatzes vorgelegt wird. Dabei werden aktuell die Jahre 2019-2026 berücksichtigt. Konkret werden die Daten der Jahresabschlüsse (wenn vorhanden beschlossene Jahresabschlüsse, ansonsten vorläufige Abschlüsse) sowie die der HH-Planung inklusive des mittelfristigen Planungszeitraumes zu Grunde gelegt.

Aus den Zuweisungen und Einnahmen der Gemeinden ergeben sich zum einen die Steuerkraftmesszahl, sowie die Umlagegrundlagen für die Amts- und Kreisumlage.

Die Steuerkraftmesszahl ist ein Indikator dafür, in-wie-fern eine Gemeinde in der Lage ist ihren Finanzbedarf, also die notwendigen Ausgaben zur Erfüllung ihrer Pflichtaufgaben, abzudecken.

Die Umlagegrundlagen dienen als Berechnungsgröße zur Anwendung der jeweiligen Hebesätze der Amts- und Kreisumlage.

Für die Berechnung werden folgende Einnahmen und Auszahlungen berücksichtigt:

allg. Schlüsselzuweisung für das aktuelle Berechnungsjahr
+ Schlüsselzuweisungen Plus für das aktuelle Berechnungsjahr (befristet 2023-2026)
+ Grundsteuer A des Vorvorjahres
+ Grundsteuer B des Vorvorjahres
+ Gewerbesteuer des Vorvorjahres
- Gewerbesteuerumlage des Vorvorjahres
+ Einkommensteuer des Vorvorjahres
+ Umsatzsteuer des Vorvorjahres
+ Familienleistungsausgleich des Vorvorjahres
+ ggfs. Ausgleichsleistungen des Vorvorjahres (Corona-Billigkeitsleistungen)
= Umlagegrundlage

Leistungsfähigkeit (LF):

Für die Beurteilung der finanziellen Leistungsfähigkeit wird dargestellt, inwieweit die Kommune in der Lage ist, den Haushaltsausgleich zu erreichen. Dabei sind die ordentlichen Erträge und ordentlichen Aufwendungen sowie die Rücklagen bzw. Fehlbeträge zu betrachten.

Es wurden folgende Stufen entwickelt:

Stufe 1 Dauernde Leistungsfähigkeit
Das ordentliche Ergebnis ist in jedem Jahr ausgeglichen;

Stufe 2 Dauernde Leistungsfähigkeit durch Nutzung von Rücklagen
Das ordentliche Ergebnis ist teilweise negativ, die Rücklagen decken jedoch in jedem Jahr den möglichen Fehlbetrag.

Stufe 3 Eingeschränkte dauernde Leistungsfähigkeit
Das ordentliche Ergebnis ist teilweise negativ, die Rücklagen decken weitestgehend den möglichen Fehlbetrag; dabei ist das Gesamtergebnis (inkl. Rücklagen/ Fehlbeträge) in höchstens drei Jahren negativ.

Stufe 4 Dauernde Leistungsfähigkeit ist nicht gegeben
Die Kriterien der Stufen 1 bis 3 sind nicht erfüllt

Eine dauernde Leistungsfähigkeit (Stufe 1) wird bei keiner Gemeinde angenommen. Eine dauernde Leistungsfähigkeit durch Nutzung von Rücklagen (Stufe 2) wird bei sechs amtsangehörigen Gemeinden angenommen.

Eine eingeschränkte dauernde Leistungsfähigkeit (Stufe 3) ist bei keiner amtsangehörigen Gemeinde gegeben. Die dauernde Leistungsfähigkeit kann bei vier amtsangehörigen Gemeinden als nicht gegeben (Stufe 4) angesehen werden. Dies unterstreicht die Heterogenität der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommunen.

Tilgungsdeckungsfähigkeit (TD):

Bei der Tilgungsdeckungsfähigkeit wird bewertet, ob die Zahlungsüberschüsse aus laufender Verwaltungstätigkeit im Finanzplan (bzw. der Finanzrechnung) zur ordentlichen Tilgung der Kredite ausreichen.

Es wurden folgende Stufen entwickelt:

Stufe 1 Tilgungsdeckung gegeben, dauernde Leistungsfähigkeit

Für die Kredittilgung stehen ausreichend Überschüsse aus der laufenden Verwaltungstätigkeit zur Verfügung. Dies konnte keiner amtsangehörigen Gemeinde festgestellt werden.

Stufe 2 eingeschränkte Tilgungsdeckung gegeben, dauernde Leistungsfähigkeit

Für die Kredittilgung stehen in höchstens zwei Jahren keine Überschüsse aus der laufenden Verwaltungstätigkeit zur Verfügung. Dies wurde bei fünf amtsangehörigen Gemeinden festgestellt.

Stufe 3 Tilgungsdeckung nicht gegeben, keine dauernde Leistungsfähigkeit

Für die Kredittilgung stehen in mehr als zwei Jahren keine Überschüsse aus der laufenden Verwaltungstätigkeit zur Verfügung. Dies wurde bei fünf amtsangehörigen Gemeinden festgestellt.

Damit wird deutlich, dass zwar einige Kommunen ihren Haushaltsausgleich in Planung und Rechnung darstellen können, aber aufgrund der angespannten Liquiditätssituation Überschüsse aus der laufenden Verwaltungstätigkeit zur Finanzierung von notwendigen Investitionen nicht bzw. nicht in ausreichendem Maß zur Verfügung stehen.

Überdies sind die amtsangehörigen Gemeinden aufgrund ihrer finanziellen Situation jedoch nicht in der Lage, den höheren Bedarf zu erfüllen und auch nicht im Haushaltsplan darzustellen.

Zur Stichtagsbetrachtung des Zahlungsmittelbestandes ist zu beachten, dass aufgrund kurzfristiger Verbindlichkeiten zum Ende des Jahres und erfolgter Mittel(Ansatz)-Übertragungen bei Investitionsmaßnahmen in das Folgejahr die tatsächlich verfügbare Liquidität stärker eingeschränkt ist, als dies in den vorliegenden Jahresabschlüssen und Haushaltsplänen dargestellt wurde. Dabei ist zu berücksichtigen, dass nur die Zahlungsmittelbestände, die im Rahmen des bestätigten Jahresabschlusses ermittelt wurden, valide bzw. nachprüfbar sind.

Abwägung

1. Voranstellung

Die im Rahmen des Abwägungsprozesses vorzunehmenden Prognosen und Wertungen obliegen dem Amt. Der gebotene Abwägungsprozess lässt sich nicht auf eine rein mathematische Gegenüberstellung und Abrechnung reduzieren. Die das Amt treffenden Ermittlungspflichten bedeuten nicht, dass das Amt minutiös die Finanzbedarfe des Amtes und seiner amtsangehörigen Gemeinden gegeneinander abzuwägen hätte. Gefordert wird mit Blick auf die amtsangehörigen Gemeinden eine Querschnittsbetrachtung.

2. Grundsatz

Hierbei hat das Amt zu beachten, dass der vom Gesetzgeber geregelte einheitliche Amtsumlagesatz möglichst weitgehend zur Geltung zu bringen ist. Nach dem OVG Koblenz (OVG Koblenz Urteil vom 17.07.2020 - 10 A 11208/18.OVG), deren Auffassung vom Bundesverwaltungsgericht mit Beschluss vom 29.06.2021 – 8 B 58.20 bestätigt wurde, soll sich die Erhöhung einer Amtsumlage nur dann als rechtswidrig erweisen, wenn sie die verfassungsrechtlich gebotene finanzielle Mindestausstattung von mindestens ca. einem Viertel der umlagepflichtigen amtsangehörigen Gemeinden verletzt.

3. Prüfungsumfang

Es ist festzuhalten, dass das Amt eine Querschnittsbetrachtung aller amtsangehörigen Gemeinden im Amt anzustellen hat und für die Festlegung des Amtsumlagesatzes die feststellbare Bedarfsstruktur der amtsangehörigen Gemeinden maßgeblich ist. Soweit dadurch im Einzelfall bei amtsangehörigen Gemeinden die Mindestausstattung nicht mehr gewährleistet wird, so kann die Umlageerhebung dann auf Erhebungsebene reduziert werden (so auch OVG Thüringen, ThürVBl. 2017, 139, 142, OVG Koblenz, Urt. v. 17.07.2020 – 10 A 11208/18.OVG).

Demnach genügt es, wenn (erst) auf der Stufe der Erhebungsebene der Amtsumlage eine individuelle Prüfung der amtsangehörigen Gemeinde stattfindet. Wolthmann führt dazu aus: „...dass bei der Festsetzung des Kreisumlagesatzes durch den Landkreis die noch leistbare Prüfpflicht überspannt sein dürfte, wenn für dessen Rechtmäßigkeit erforderlich wäre, dass vorab für jede einzelne umlagepflichtige Gebietskörperschaft im Detail geprüft werden müsste, ob bei ihr ggf. vorhandene Haushaltsdefizite, Fehlbeträge, Kreditverpflichtungen etc. durch ein (noch) sparsameres Wirtschaften hätten gesenkt werden können. Ein solches Vorgehen auf der Stufe der Haushaltsaufstellung mit Festlegung des Amtsumlagesatzes wäre, zumal mit Blick auf die dabei vermutlich nicht selten zu erwartenden Meinungsverschiedenheiten, kaum praktikabel handhabbar (Wolthmann, Der Landkreis, Ausgabe 10/2021, „Die Kreisumlage 2020/2021: Rechtliche Grundlagen und finanzielle Entwicklung“, S. 595, 623 m.w.N.).

4. Abwägung im engeren Sinne

Unter Zugrundelegung der angestellten Betrachtungen und Beachtung der Zwischenergebnisse wird festgestellt, dass es Unterschiede in der Leistungsfähigkeit der amtsangehörigen Gemeinden im Amt gibt. Die Festsetzung der Amtsumlage auf 40 v.H. ist auf der einen Seite geboten, damit das Amt den bei ihm veranschlagten Finanzbedarf annähernd decken kann. Dies führt bei einer Minderheit der amtsangehörigen Kommunen zu einer Bedrohung der Leistungsfähigkeit. Zu sehen ist allerdings, dass zum einen bei der Belastung der Gemeinden durch die Kreisumlage höhere Gestaltungsspielräume als bei der Festsetzung der Kreisumlage bestehen, da der Landkreis als Selbstverwaltungskörperschaft den eigenen Finanzbedarf durch den Umfang der freiwilligen Aufgaben in bestimmten Grenzen beeinflussen kann. Außerdem stehen sowohl dem Landkreis als auch den Gemeinden über § 16 FAG gesonderte Finanzmittel des Landes zum Ausgleich finanzieller Notlagen zu, zu denen das Amt keinen Zugang hat. Aus den vorgenannten Gründen erscheint die Festsetzung der Amtsumlage für das Haushaltsjahr 2023 als vertretbar.